

# Viele Wege, aber dasselbe Ziel

Woche der Religionen beider Basel

**Am Montag startete die Woche der Religionen beider Basel mit einer Podiumsdiskussion im Liestaler Landratsaal. Das Thema «Mitgegangen – mitgefangen» behandelte den ersten vieler Aspekte, welche im Laufe der Woche in verschiedensten Veranstaltungen angesprochen werden.**

Bereits zum 6. Mal findet die bikantonale Woche der Religionen statt. Initiiert von den Fachstellen für Integration der beiden Halbkantone, war und ist es das Ziel der Verantwortlichen, das Verständnis gegenüber anderen Kulturen und Religionen zu verbessern sowie Vorurteile abzubauen, um ein glückliches Miteinander in unserem kleinen Staat zu ermöglichen.

Eröffnet wurde die Diskussion von Regierungsrat Isaac Reber, Vorsteher der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft. Auch er plädierte in seiner Ansprache für Toleranz und Akzeptanz ge-



Jasmina El Sonbati, Esra Weill, Elisabeth Augstburger, Eva Südbeck-Baur.

genüber Praktizierenden anderer Religionen. «Viele Wege führen auf den Berg, die Aussicht bleibt jedoch dieselbe», sagte Reber frei nach Mahatma Ghandi, und sprach damit an, dass die Religionen im Grunde alle dasselbe Ziel verfolgen, um dieses zu erreichen nur unterschiedliche Wege einschlagen.

In die Diskussion starteten Eva Südbeck-Baur, katholische Seelsorgerin, Elisabeth Augstburger, EVP-Landrätin und Mitglied einer reformierten Freikirche, Esra Weill, Beschneider der Israelitischen Gemeinde Basel und gläubiger Jude sowie Jasmina El Sonbati, Verfasserin des Buches «Moscheen ohne Minarett» und Repräsentantin der Moslem.

## Ist Religion wieder «in»?

Im Zentrum der Diskussion waren die Erfahrungen mit der jeweiligen Religion, die Bedeutung welche sie im Leben einnimmt und auch den eigenen Weg, den man innerhalb des Glaubens für sich finden muss. So meldete sich auch ein Jüdischgläubiger zu Wort, welcher offen bekannte, mit dem Rotstift durch sein Gebetsbuch zu gehen, da er nicht hinter all den Texten stehe. Eine weitere Frage die sich aufdrängte: Ist Religi-

on wieder «in»? Ja, sagt Esra Weill, jedoch weniger die grossen Kirchen als vielmehr kleinere Organisationen, welche in den letzten Jahren populär geworden sind, wie beispielsweise die Kabbalah-Religion mit Popsängerin Madonna als Aushängeschild.

Auch die angenommene Minarettinitiative kam öfters zur Sprache, wobei Elisabeth Augstburger entgegen diverser Gerüchte klarstellte, dass ihre Partei die Initiative nicht unterstützte. Jedoch gab es Mitglieder der EVP, welche die gegenteilige Meinung nach aussen vertraten, jedoch als Parteiangehörige wohl auch «mitgegangen – mitgefangen» waren. Mitgefangen sind auch Gläubige bei Meinungen, welche ihre jeweilige Kirche öffentlich vertritt. Genau da sei es wichtig, Individualität zu wahren und zu predigen, waren sich alle einig, was aufzeigt, wie viel Gemeinsamkeiten sich zwischen den Glaubensrichtungen finden lassen.

Die Woche der Religionen ist somit in ihren 6. Jahrgang gestartet. Als nächstes auf dem Plan steht unter anderem der Besuch eines Hindutempels. Mehr Informationen finden Sie unter [www.woche-der-religionen.ch](http://www.woche-der-religionen.ch)

SILVAN MEYER



Musikalisches Intermezzo: Alevitisches Saz-Spiel. FOTOS: S. MEYER

# Eine düstere Sicht der Weltlage

Peter Scholl-Latour in der Kantonsbibliothek Liestal

Die Reihe «Federführend» will, so Bibliotheksleiter Gerhard W. Matter, Begegnungen mit grossen Köpfen des Denkens und Schreibens ermöglichen und Publizisten von europäischer Bedeutung nach Liestal bringen, internationale Persönlichkeiten, «die nicht nur von sich reden machen, sondern auch etwas zu sagen haben.» All diese Attribute träfen, so Matter, auf Peter Scholl-Latour zu, der seit über 60 Jahren leistungsfähiger Journalist und als Reporter längst eine Legende sei. Als politischer Korrespondent sei er an allen Brennpunkten der Weltpolitik gewesen und er habe sie alle getroffen, die Machthaber dieser Welt. Peter Scholl-Latour habe den Ruf, der letzte Weltklärer zu sein und diesem Ruf werde er mit seinem neuesten Buch «Die Welt aus den Fugen» vollauf gerecht.

## Brandherde nicht mehr kontrollierbar

Mit seinem Blick auf das Pulverfass Naher Osten, die Eiszeit im arabischen Frühling, den Abzug der USA aus Irak und Afghanistan, das Vordringen des revolutionären und terroristischen Islam von den Philippinen bis nach Senegal, die atomare Gefahr Pakistans oder

die europäische Finanzkrise zeichnete Peter Scholl-Latour ein wenig erbauendes Bild der heutigen Weltlage. Hätten in der Zeit des Kalten Krieges die beiden Grossmächte USA und Sowjetunion noch dafür gesorgt, dass regionale Konflikte nicht ausser Kontrolle gerieten, so seien die heutigen Brandherde nicht mehr mit konventionellen Mitteln zu kontrollieren. Mit dem Partisanenkrieg oder dem asymmetrischen Krieg, wie ihn Peter Scholl-Latour nennt, würden weder die Militärmacht USA in Afghanistan noch die Armee Israels im Südbanon fertig. Zudem befänden wir uns schon mitten im Cyber-War. Der Einsatz von unbemannten Drohnen im pakistanischen Grenzgebiet zeige, wie die Konflikte künftig manipuliert, allenfalls aber auch verhindert werden könnten.

## Gefahr Pakistan

Die weitaus grösste Gefahr für die Welt braut sich nach Meinung Scholl-Latours derzeit in Pakistan zusammen, das als einziger islamischer Staat Nuklearwaffen besitzt. Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn diese in die Hände von Terroristen gerieten. Sorgen machen müsse sich aber auch Russland, wenn der radikale Islam auf

die Anrainerstaaten der früheren Sowjetunion wie Usbekistan oder Kirgistan übergreife. Was es bedeute, wenn sogenannte Gotteskrieger die Scharia auslebten, zeige das Beispiel Nigeria mit seinen 100 Millionen Einwohnern, wo im Norden Kirchen abgebrannt und Christen massakriert würden.

Peter Scholl-Latour sprach von einer Heuchelei des Westens, wenn dieser Waffensysteme an Saudi-Arabien liefere, dessen islamistische Hassprediger einen bedingungslosen Kampf gegen die Christen führten. Demgegenüber werde Iran als der Schurkenstaat schlechthin dargestellt, obwohl das Regime einen verhältnismässig liberalen Kurs gegen Andersgläubige fahre. Auch in Syrien gehe es den Amerikanern keineswegs darum, Demokratie oder Menschenrechte einzuführen, sondern den Einflussbereich des Irans einzudämmen.

## China, die neue Supermacht

Die Volksrepublik China, laut Peter Scholl-Latour «das Phänomen des 21. Jahrhunderts», werde, so die Vorhersage wichtiger Autoren, die USA bis 2050 als Weltmacht abgelöst haben. Von einem amerikanischen globalen Herrschaftsmonopol könne schon heute nicht mehr die Rede sein. Die einzige Chance, den Hegemonieansprüchen Pekings wirksam entgegen zu treten sieht Peter Scholl-Latour in einer gemeinsamen Ideologie zwischen den USA und Russland. Eine solche Kooperation biete zudem grosse Vorteile im Kampf gegen den revolutionären Islam, der für beide Mächte gleichermassen gefährlich sei.

Der 87-jährige Peter Scholl-Latour verstand es brillant, das Publikum in Atem zu halten. Auch wenn seine Weltanschauung nicht von allen Anwesenden geteilt wurde, waren sich die Zuhörerinnen und Zuhörer im vollbesetzten Bibliotheksaal einig, einer Sternstunde über die Brennpunkte der aktuellen Weltpolitik beigewohnt zu haben.

ELMAR GÄCHTER



Peter Scholl-Latour kennt die Welt wie kein Zweiter.

FOTO: E. GÄCHTER

## Todesfälle

### Bretzwil

**Vögelin Bruno**, geb. 1958, von Reigoldswil, Hauptstrasse 46. Wurde im engsten Familienkreis bestattet.

### Gelterkinder

**Kohler Rudolf**, geb. 1950, von Seehof BE, Föhrenweg 7. Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

### Saric Besima

geb. 1935, von Bosnien und Herzegowina, Bahnhofstrasse 7. Beisetzung: Freitag, 9. November 2012, 14.30 Uhr. Besammlung: Friedhof Gelterkinder.

### Lausen

### Gaugler Bruno

geb. 1931, von Nuglar-St. Pantaleon SO, Brühlstrasse 14. Abdankungsfeier: Freitag, 16. November 2012, um 14 Uhr in der römisch-katholischen Kirche in Liestal.

# Staatspersonal-Initiative teilweise ungültig?

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die formulierte Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» als teilweise ungültig zu erklären. Zur Abklärung der Rechtsgültigkeit hat der Regierungsrat bei Prof. Dr. iur. Thomas Poledna, Rechtsanwalt und Titularprofessor für öffentliches Recht an der Universität Zürich, ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses kommt nun zum Schluss, dass die vorgesehenen Regelungen für die Lohnentwicklung und die Entlastung des Staatshaushalts gegen den verfassungsmässigen Grundsatz verstossen, dass der Landrat abschliessend die vom Kanton ausgerichteten Besoldungen, Pensionen und Ruhegehälter regelt.

Als rechtsgültig beurteilt das Gutachten jedoch die in der Initiative formulierten Änderungen im Bezug auf die

Kündigungsbestimmungen, namentlich die Annäherung an das Obligationenrecht.

Am 13. Juli 2012 wurde von der Baselbieter Steuerzahler die formulierte Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» mit 2844 rechtsgültigen Unterschriften eingereicht. Die kantonale Gesetzesinitiative zielt darauf ab, einerseits das Personalrecht zeitgerechter zu gestalten und andererseits kurzfristige, zeitlich bis Ende 2017 begrenzte Massnahmen zur Entlastung des Staatshaushalts umzusetzen.

## Liga zeigt sich «befremdet»

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler zeigte sich umgehend «befremdet» von der Mitteilung des Regierungsrates. Das Gutachten sei einseitig verfasst und seine Richtigkeit sei zu bezweifeln.

# Rheinstrasse-IG redet mit Kanton

Die «IG – Rheinstrasse vernünftig» und der Kanton Baselland nähern sich einander an. Am Montag haben sich IG-Präsident Christoph Keigel und Kantonsingenieur Oliver Jacobi unter der Vermittlung von Wirtschaftskammerdirektor und Landrat Christoph Buser getroffen. Laut einer Medienmitteilung der IG wird der Kanton nun doch die Resultate der öffentlichen Mitwirkung publik machen. Dies soll in tabellarischer Form online geschehen. Damit sei eine wichtige Forderung der IG erfüllt. Sie werde sich daher – vorläufig – wieder am Dialogprozess beteiligen.

Wichtig sei aber, dass der Kanton seine Randbedingungen überdenke, schreibt die IG. Insbesondere spricht sie den geplanten, neuen Schönthalplatz an. Verkehrsbehindernde Massnahmen sind für die IG inakzeptabel. Ihr Ziel ist, dass die Rheinstrasse durchgängig befahrbar bleibt.

# Zwick wurde kein Dossier entzogen

Der Regierungsrat hält in einer Medienmitteilung fest, dass die Wirtschaftsförderung weiterhin Bestandteil der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VGD) ist. Damit bezieht sie sich auf die «Basler Zeitung», die am Dienstag von einer «Demontage» Zwicks geschrieben hatte. Es sei nicht so, dass VGD-Direktor Peter Zwick ein Dossier entzogen worden sei. Die Verantwortung für die «Wirtschaftsoffensive Baselland» liege deshalb bei Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, weil es sich um ein directionsübergreifendes Projekt handle.

# Speranza-Präsident

Mark Ineichen wird Präsident der Stiftung «Speranza», die sein Vater Otto Ineichen gegründet hatte. Speranza setzt sich für die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt ein.

# Verwandte aus der Pflicht nehmen

Im Kanton Basel-Landschaft soll die Durchsetzung der Verwandtenunterstützungspflicht im Bereich der Sozialhilfe aufgehoben werden. Seitdem im Jahr 2010 aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides und der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die Limiten für die Verwandtenunterstützung erhöht wurden, sind die durchsetzbaren Verwandtenunterstützungsfälle massiv zurückgegangen. 2009 waren wegen den neuen Limiten nur drei von 44 Fällen durchsetzbar.

Anzeige

**Der kostbare 3x gut und wirkungsvoll eingesetzt werden und unseren Schülerinnen und Schülern direkt zu Gute kommen.**

**Nein zu den Bildungs-Initiativen**

Bei Stichfrage:  Gegenvorschlag

Überparteiliches Komitee gegen die unbezahlbaren Bildungsinitiativen, Postfach 644, 4410 Liestal